



PRESSEMITTEILUNG: Studieren in Hamburg wird noch teurer.

Auf der heutigen Vertreterversammlung des Studierendenwerks Hamburg (STWHH) wurde eine kräftige Erhöhung der Semesterbeiträge zum Sommersemester 2025 beschlossen.

Bedingt durch die allgemeine Teuerung erwartet das Studierendenwerk Hamburg in den nächsten Jahren ein Defizit von ca. 5 Mio. Euro jährlich. Da der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in den momentan laufenden Haushaltsverhandlungen dem STWHH nur eine Mehrfinanzierung von 1,2 Mio Euro zusichert, werden die weiteren Mehrkosten nun durch Sparmaßnahmen, Preis- und Gebührenerhöhungen den Hamburger Studierenden aufgelastet. Nach einer hitzigen aber konstruktiven Debatte in der Vertreterversammlung des Studierendenwerks – *die zu gleichen Teilen von Studierenden und Hochschulpräsidien besetzt ist* – wurde dazu eine progressive Erhöhung der Semesterbeiträge für das folgende Haushaltsjahr beschlossen. Somit steigt der Semesterbeitrag für das Studierendenwerk zum Sommersemester 2025 von bisher 85 Euro auf 93 Euro pro Student*in und im Wintersemester 2025 um weitere 8 Euro auf 101 Euro. Die Semesterbeiträge werden von allen Studierenden vor Semesterbeginn verpflichtend eingezogen. Des Weiteren werden die Mensapreise ab Januar 2025 um ca. 6% erhöht, jedoch sollen bei den günstigsten Gerichten, wie z.B. dem Pottkieker, keine Erhöhungen stattfinden. Als Hamburger Studierendenvertretungen haben wir versucht, mit diesem Notkompromiss die größten sozialen Härten abzumildern. Wir verurteilen den alternativlosen Entscheidungszwang, in dem in letzter Konsequenz die Studierendenvertreter*innen immer vor die Wahl gestellt werden, Mensaschließungen oder Gebührenerhöhungen abnicken zu müssen.

In Zukunft wünschen wir uns vom Studierendenwerk und dem Hamburger Senat eine langfristige Sicherung und Erhöhung der staatlichen Finanzierung und eine schnellere und transparentere Kommunikation, um gut an sozial verträglichen Lösungen zur Verbesserung der Situation der Studierenden Hamburgs arbeiten zu können.

Elio Pfeifauf (Studierendenvertreter*in der Hochschule für Bildende Künste Hamburg):

„Wir mussten dieser allgemeinen Beitragserhöhung zustimmen, um besonders krasse Härtefälle zu verhindern. Hätten wir dieser Erhöhung nicht zugestimmt, hätte der Aufsichtsrat im nächsten Schritt die Mensapreise massiv erhöhen müssen, was für die Ärmsten der Studierenden – insbesondere angesichts der Tatsache, dass Mieten und Lebenshaltungskosten jetzt schon stark gestiegen sind und weiter steigen werden – eine unzumutbare Doppelbelastung darstellen würde. Hamburg, als eine der teuersten Städte Deutschlands, verlangte auch schon vor dieser Beitragserhöhung zu hohe Kosten, um sich ein Leben und Studium leisten zu können. Wir müssen uns auf die Politik verlassen können, da Bildung nicht von der finanziellen Lage abhängig sein darf.“

Paul Veit (Studierendenvertreter der Universität Hamburg):

„Diese Erhöhung ist ein starkes Zugeständnis der Studierenden. Seitdem der Hamburger Senat unter Ole von Beust in den 2000er Jahren den städtischen Zuschuss halbiert hat, kämpft das Studierendenwerk mit

einer strukturellen Unterfinanzierung. Auch die letzten Senate haben daran wenig geändert. Wir sehen das finanzielle Entgegenkommen des jetzigen Senats als einen ersten Schritt, seiner Verantwortung in Zukunft wieder gerecht zu werden. Es freut mich daher, dass die Hamburger SPD auf ihrem letzten Parteitag immerhin einstimmig beschlossen hat, die Wohnheimmieten wieder auf ein BaföG-gerechtes Maß zu senken. In vielen Wohnanlagen des Studierendenwerks bedeutet das fast eine Halbierung der Warmmiete – ich hoffe die Umsetzung folgt zum nächsten Haushaltsjahr.“

Lasse Machelet (Sozialreferent im AStA der Universität Hamburg):

„Dank der gesetzlich vorgesehenen Trennungsrechnung sind die Mieten in den Wohnheimen von der politisch gewollten, miserablen Finanzierungslage des Studierendenwerks zwar zum Teil ausgenommen, doch auch hier stehen saftige Erhöhungen an. Die Wohnheimmieten sollen im nächsten Jahr im Schnitt um 36 Euro steigen, dabei sind diese in Hamburg bereits überdurchschnittlich hoch. Zum Vergleich: im Jahr 2022 betrug die monatliche Warmmiete für einen Wohnheimplatz im Bundesdurchschnitt 280 Euro, beim Studierendenwerk Hamburg betrug die Durchschnittsmiete im gleichen Jahr ganze 329 Euro. Der Senat muss sich endlich für mehr Wohnheimplätze und besonders für bezahlbare Mieten einsetzen. Sowohl der freie Wohnungsmarkt als auch das Studierendenwerk sind für viele Studierende bereits seit langem zu teuer.“

Zitat Natalie Lintzen (Studierendenvertreterin der Beruflichen Hochschule Hamburg):

*„Ich hoffe, dass wir mit diesem Beschluss zumindest für das Jahr 2025 die Arbeit des Studierendenwerks sicherstellen können. Wir haben als Studierendenvertreter*innen immerhin durchsetzen können, dass die Mehrbelastung unter den Studierenden so verteilt wird, dass sie die ärmsten Studierenden etwas weniger belastet. Aber die nun geplanten 1 Mio. Euro Defizitverringerungen beim Studierendenwerk dürfen nicht auch noch auf Kosten der Studierenden gehen. Gerade an den kleineren Hochschulstandorten profitieren die Studierenden kaum vom Studierendenwerk. Wenn es keine Mensa gibt, das Wohnheim überfüllt ist und die Beratungsstellen des Studierendenwerkes weit entfernt liegen, fragen viele sich, warum sie von Gesetz wegen zu einer so hohen Gebühr verpflichtet werden. Das zu erklären, fällt auch den betroffenen studentischen Vertreter*innen immer schwerer.“*